

Geisenheimer Zeitung

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Bezugspreis: 2.— Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post;
in der Geschäftsstelle abgeholt 2.—.

Schreibleitung, Druck und Verlag von Arthur Zander, Geisenheim.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Petitzeile über deren Raum für Geisenheim
25 & auswärtiger Preis 30 &. Kellamezeile 90 &. Bei mehrmaliger Aufnahme
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Fernsprechanruf Nr. 123 Amt Rüdesheim am Rhein.

Nummer 75.

Dienstag den 29. Juni 1920.

20. Jahrgang.

Das Kabinett Fehrenbach.

Die amtliche Ministerliste.

Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichs-
kanzlers Fehrenbach (Str.) folgende Minister ernannt:

Reichsjustizminister (betraut mit der Vertretung des
Reichskanzlers): Dr. Heinze (D. Vpt.),
Reichsminister des Auswärtigen: Ermons,
Reichsminister des Innern: Koch (Dem.),
Reichsfinanzminister: Birtz (Str.),
Reichsernährungsminister: Hermes (Str.),
Reichspostminister: Giesberts (Str.),
Reichsverkehrsminister: Groener,
Reichswehrminister: Gessler (Dem.),
Reichswirtschaftsminister: Scholz (D. Vpt.),
Reichsbauminister: v. Raumer (D. Vpt.).

Die Besetzung des Wiederaufbauministeriums ist
noch vorbehalten. Wie verlautet, soll die Bayerische
Volkspartei dieses Ministerium besetzen. Jedenfalls wird
dabei bereits mit dem Kommerzienrat Böhm in
München, dem Direktor der dortigen Filiale der Deut-
schen Bank, verhandelt. Falls Böhm ablehnen sollte,
wird von der Deutschen Volkspartei Kempkes, der
Mitglied der Reichstagsfraktion ist, in Vorschlag ge-
bracht.

Das Reichsarbeitsministerium dürfte von
den Zentrumsmitgliedern Dr. Brauns übernommen
werden. Dr. Brauns, einer der besten Redner des
Reichstages, ist Direktor des katholischen Volksvereins in
München-Maxbach. Brauns spielt in der katholischen
Arbeiterbewegung seit langem eine große Rolle und hat
bei Arbeiterfragen auch eine ganze Reihe von Schrift-
stücken veröffentlicht. Die Verhandlungen über die Be-
setzung des Reichsarbeitsministeriums werden in Kürze
abgeschlossen sein.

Das Kabinett wird am Sonnabend zu seiner ersten
Sitzung zusammentreten und sich entsprechend den Be-
schlüssen des Senatskomitees am Montag dem Reichs-
tag vorstellen und eine programmatische Erklärung ab-
geben.

Austritt des Reichswehrministers?

Der „Boschischen Zeitung“ zufolge hat der Reichs-
wehrminister Dr. Gessler bei der erneuten Über-
nahme seines Amtes dem Reichskanzler mitgeteilt, daß
er sich außerstande fühlen würde, die Geschäfte seines
Amtes fortzuführen, wenn die Entente auf die Herab-
setzung der Reichswehr auf 100 000 Mann bestehen
sollte. Die Folge der jetzt in Berlin eingetroffenen
Noten ist nun, daß Herr Gessler Freitag vormittag
dem Reichskanzler Fehrenbach seine Demission an-
geboten hat. Dr. Gessler ist der Ansicht, daß die ge-
forderte Verminderung zu unüberwindlichen innerpolitischen
Schwierigkeiten führen muß, deren Überwindung er
nicht gewachsen fühlt. Er rechnet bei den her-
vorzuhebenden Wirtschaftsverhältnissen mit der Möglichkeit
innerer Unruhen, jedenfalls aber mit einer Neigung zu
Unruhen, die durch die Abnahme der Regierungsmacht
erhöht verstärkt und erregt werden würde. Eine
Truppenmacht von 100 000 Mann, die durch die Be-
lastung verhältnismäßig starker Kontingente in Un-
ruhen, den Ausbruch solcher Unruhen zu ver-
hindern oder sie niederzuschlagen, wenn sie erst aus-
gebrochen wären. Sie könnte es nach der Meinung
des Reichswehrministers um so weniger, als gerade
bei 100 000 Mann voraussichtlich eine Ver-
schiebung der unruhigen Elemente bilden würden.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 25. Juni 1920.

Die Präsidentenwahl.

Die heutige Sitzung des Reichstages wurde wieder
von dem Alterspräsidenten Rietz (Soz.) eröffnet.
Das Haus war gut besucht, die Tribünen überfüllt.
Nur die Regierungsbänke sind vollständig leer. Auf
der Tagesordnung stand die Wahl des Präsidenten.
Zunächst wurde die Wahl des Präsidenten durch Stim-
mentel vorgenommen. Gewählt wird Ab. Voße (Soz.),
der Vizepräsident der Nationalversammlung, mit 397
von 420 abgegebenen Stimmen. Die anderen Stimmen
sind gesplittert.

Der neu gewählte Präsident Voße übernimmt so-
fort den Vorsitz und dankt dem Hause für die Wahl.
Reichstagspräsident erklärte er folgende Mahnung an das
Parlament: Die großen Schwierigkeiten, denen
wir gegenüberstehen, und die noch lange nicht über-
wunden sind, werden ihren lebhaften Widerhall in
diesem Saale finden und können uns jeden Augenblick
vor verschärfte Situationen stellen. Wir werden ihrer
um so eher Herr werden, wenn jeder Einzelne zwar
seine eigene Meinung verteidigt, aber auch die Ansichten

Vorbedingungen dafür schafft, daß fremde und eigene
Meinungen ungehindert hier vertreten werden können.
Die gemeinsame Not unseres Vaterlandes
wird uns manchmal enger zusammenschließen als der
hinter uns liegende heftige Wahlkampf, als der tradi-
tionelle Spießhaken der Parteien uns vermuten ließ.
Ein gemeinsames Band wird die äußerste Linke und
Rechte umschlingen (Bezh. Widerspruch bei den U. Soz.),
wenn es gilt, plötzlich aufgetretene Not zu lindern.
(Bezh. Zustimmung.)

Es wurde dann die Wahl der Vizepräsidenten vor-
genommen, zu denen durch Zuzug die Abgeordneten
Dittmann (U. Soz.), Dr. Bell (Str.) und Dietrich
(Dnt.) gewählt wurden.

Es folgte dann die Wahl der Schriftführer und
andere Formalitäten. Darauf vertagte sich das Haus
auf Montag.

Auf der Tagesordnung der Montag-Sitzung steht
die Entgegennahme der Regierungserklärung, Inter-
pellation über Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und
Interpellation über die Erschließung von 15 Einwohn-
ern in Thal (Thüringen) durch Warburger Jettfrei-
willige.

Die Pläne des Reichstages.

Nach Mitteilungen eines Regierungsvertreters
wird der Reichskanzler am kommenden Montag um
11 Uhr das neue Kabinett vorstellen und eine program-
matische Erklärung abgeben. Am Nachmittag desselben
Tages wird dann in einer erneut anberaumten Sitzung
Gelegenheit zur Aussprache und Stellungnahme zur
Regierungserklärung gegeben. Wegen des katholischen
Feiertages am Dienstag sollen die Verhandlungen erst
Mittwoch weitergeführt werden. Da nun endgültig
feststeht, daß am 5. Juli die Verhandlungen in Spaa
beginnen, sollen die Verhandlungen des Reichstages
bis dahin abgeschlossen werden.

Die neue Regierung vor dem Reichstag.

Rede des Reichskanzlers Fehrenbach.

Berlin, 28. Juni. In der heutigen Vormittags-
sitzung des Reichstages, die um 11.15 Uhr durch den Präsidenten Vorbe
eröffnet wurde, stellte sich das neue Kabinett den Volks-
vertretern vor.

Reichskanzler Fehrenbach entwickelte in fast einstündiger
Rede das Programm der neuen Regierung, das von sämt-
lichen Kabinettsmitgliedern einstimmig gutgeheißen wurde.
Einleitend bezeichnete der Reichskanzler als Ziel seiner
Politik, das Reichsschiff über Wasser zu halten, es zu
steuern und vor Schiffbruch zu bewahren. Dazu bedarf
so führte der Reichskanzler aus, die Regierung der Mit-
arbeit des Reichstages.

Die auswärtige Politik

und alle unsere Beziehungen stehen unter der Wirkung des
Friedens von Versailles. Die Lasten, die er dem deutschen
Volke auferlegt, sind unerträglich schwer. Nachdem Deutschland
den Vertrag angenommen hat, kann es für die Regierung
keine andere Pflicht geben, als den Vertrag zu er-
füllen, soweit dies möglich ist. Die alte Regierung hat in
der Erfüllung dieses Vertrages mehr geleistet als erwartet
werden konnte. Wir müssen uns bestreben, das Maßhalten,
welches gegen uns bei unseren früheren Feinden besteht, zu
geringen. Dies wird eine der vornehmsten Aufgaben der
neuen Regierung sein. Nachpolitische Träume und Re-
vanchgedanken finden bei ihr keinen Platz. Was der Krieg
zerstört hat, wollen wir in ruhiger Friedensarbeit wieder
aufbauen. In Spa muß es gelingen, gangbare Wege für
die Wiedergutmachung zu finden. Die deutsche Regierung
wird den guten Willen hierzu mitbringen. Auf das Ge-
biet der

inneren Politik

übergehend, bezeichnete der Reichskanzler als erste Sorge der
Regierung den Wiederaufbau des zusammengebrochenen
Vaterlandes. Zur Mitarbeit hierbei werden alle Parteien
aufgefordert. In Zeiten, in denen es sich um Leben oder
Sterben des Volkes handelt, müssen verfassungsmäßige
Kämpfe zurückgestellt werden. Die Regierung lehnt jeden
Versuch der Wiederaufrichtung einer Klassenherrschaft ab.
Sie bekämpft jeden Klassen- und Massenkampf.

Bei der Besetzung der Ämter kommt nur persönliche
Tüchtigkeit, nicht Parteizugehörigkeit in Betracht. Ruhe und
Ordnung tun jetzt in erster Linie Not. Die Regierung
appelliert an das gesamte deutsche Volk, den schrecklichen
Krieg, der an unseren Grenzen Halt gemacht hat, nicht im
Inneren fortzusetzen. Wer könnte die Verantwortung für
einen Bürgerkrieg tragen! Einem Appell an die Gewalt,
von welcher Seite er auch kommen möge, wird die Re-
gierung mit allen Mitteln entgegenzutreten.

Bei der Durchführung der Organisation der Reichs-
wehr wird ein wesentliches Ziel sein, die Kunst zu über-
brücken, die sich zwischen Volk und Heer aufgetan hat. Ein

Entwurf zur Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit liegt dem
Reichstag bereits vor.

Die Finanzen müssen mit allem Nachdruck in Ordnung
gebracht werden. Es kann nicht so weiter gehen, daß die
Post mit einem Defizit von 1 Milliarde, die Eisenbahn mit
einem solchen von 15 Milliarden rechnen muß. Handel
und Verkehr wollen wir wieder in Ordnung bringen.
Steuerhinterziehungen sind ein Verbrechen am Volksganzen.
Hier muß die Regierung mit allen Mitteln eingreifen.

Die Steigerung unserer Gütererzeugung muß mit allen
Kräften gefördert werden. Unsere Ernährung wollen wir
verbessern. Im Frieden sind reduzierte Rationen unerträglich
und verhindern den Wiederaufbau. Die Zwangswirt-
schaft kann noch nicht restlos beseitigt werden. Es ist nur
ein allmählicher Abbau möglich, der aber dann beschleunigt
wird. Das Rückgrat der Ernährung bleibt die heimische
Landwirtschaft. Eine besondere Sorge der Regierung wird
sein, daß Rohle und Kali in reicher Menge gefördert wird.
Die Arbeiten der Sozialisierungskommission werden fortgesetzt.
An der Fortführung der Sozialreformen wird festgehalten.
Die Versicherungsgeheimgebung wird weiter ausgebaut. Eine
Besetzesvorlage gegen die Arbeitslosigkeit liegt dem Reichs-
tag bereits vor. Das Siedlungs- und Heimstättenwesen
wird gefördert. Das neue Kabinett will den nationalen
Frieden sichern und fördern. Es ist sein fester Wille, daß
nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern mit ihr vorgegangen wird.

In einem Schlusswort führte Fehrenbach noch folgendes
aus: Wir haben eine sogenannte bürgerliche Regierung, aber
nicht durch unseren Willen, sondern deswegen, weil die
Sozialdemokratie die Mitwirkung bei der Leitung der
Staatsgeschäfte abgelehnt hat. Ich glaube aber ohne Wider-
spruch feststellen zu können, daß ein freiwilliger Verzicht auf
den Eintritt in die Regierung der Sozialdemokratie die
Verpflichtung auferlegt, nicht gegen diese Regierung, sondern
mit ihr zu arbeiten. Wir wollen sein eine Regierung der
Versöhnung und des Ausgleichs der Gegensätze. Zur Mit-
arbeit am Wiederaufbau ist nötig eine harte Faust, die
dargeboten wird und in die alle einschlagen können. Ich
stehe hier als ein Opfer meiner Auffassung von vater-
ländischer Pflicht. In der Stunde der Not wollen wir
uns zusammenfinden, auf daß Deutschland lebe.

Die wirkungsvoll vorgetragene Rede des Reichskanzlers
wurde wiederholt durch Zwischenrufe von der linken Seite
des Hauses gestört. Im allgemeinen kann man aber sagen,
daß die Rundgebung des neuen Kabinetts eindrucksvoll auf-
genommen wurde.

Änderungen des Steuerabzugs.

Ein leicht vorläufige Sicherung?

Im Reichstag ist ein interfraktioneller Antrag
eingebracht worden, der darauf hinwirkt, daß beim
zehntprozentigen Steuerabzug die drückenden Härten
dieses Verfahrens nach Möglichkeit abgemildert wer-
den sollen, und zwar vor allem mit Rücksicht auf den
Familienstand. Ein Ausschuss von 28 Mitgliedern soll
die Ausführungsbestimmungen über die vorläufige Ge-
hebung der Einkommensteuer vom Arbeitslohn einer
Prüfung unterziehen, insbesondere untersuchen, welche
Maßnahmen zu ergreifen sind, durch die Härten bei
der Durchführung beseitigt werden können.

Der Antrag soll möglichst bald auf die Tages-
ordnung gesetzt werden. Wie die „Deutsche Allgemeine
Zeitung“ aus parlamentarischen Kreisen hört, ist der
Reichsfinanzminister Birtz grundsätzlich bereit, an
die Milderung des Steuerabzuges einzugehen und
entsprechende Verfügungen zu treffen.

Ein Antrag der deutschen nationalen Reichs-
tagsfraktion verlangt nicht nur erneute Prüfung der
Ausführungsbestimmungen, sondern beantragt auch die
zum Abschluß dieser Prüfung die Einziehung die-
ser Steuer vorläufig auszusetzen. In der
Sitzung des interfraktionellen Ausschusses wurde er-
teilt, daß das Verfahren für die Einziehung des Lohn-
abzuges mangelhaft vorbereitet sei: von mehreren Sei-
ten wurde dem dringenden Wunsch Ausdruck gegeben
schon aus diesem Grunde die Durchführung des Ver-
fahrens zu verschieben. Von Seiten der Regierung
wurde dem widersprochen und erklärt, es sei un-
möglich, diesem Wunsch nachzugeben. Ob sich im
Reichstag eine Mehrheit für den deutschen nationalen An-
trag — soweit er den Ausschub des Lohnabzuges for-
dert — findet, kann noch nicht mit Bestimmtheit
behauptet werden. Ansichten darauf sind unbeding-
vorhanden. Auf jeden Fall wird das Verfahren der
Lohnabzuges bedeutende Änderungen erfahren.

Im übrigen wäre es zu begrüßen, wenn der Reichs-
tag eine vorläufige Sicherung des Steuerabzuges be-
schließen würde. Denn die Vorbereitungen für die

Einzahlung der neuen Steuer sind vollständig unzulänglich und mangelhaft. Selbst die Beamten sind mit dem Verfahren noch nicht vertraut, geschweige denn das Publikum. Erst als die Stimmen aus dem Publikum immer lauter wurden, hat sich die Finanzbehörde endlich dazu herbeigelassen, die größten Unklarheiten aufzuheben. Die Behörden hätten angesichts dieser ungeheuren Schwierigkeiten am besten daran getan, wenn sie den Steuerabzug auf einen späteren Termin verschoben hätten. Bis dahin hätten sich der Steuerzahler, der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, auf den der Staat diesmal bequemerweise die ganzen Verwaltungsmassnahmen abgewälzt hat, mit den Ausführungsbestimmungen vertraut machen und die nötigen Vorbereitungen treffen können. Jetzt haben wir infolge der überstürzten Einführung der Steuer die schon Unordnung und Unzufriedenheit, die sich allenthalben in erregten Demonstrationen der Arbeitnehmer kundtut. Die nötige Aufklärung von amtlicher Stelle hätte vieles verhüten können. Jetzt, wo die Frage des Steuerabzugs mit dem 25. Juni brennend geworden ist, muß sich die Steuerbehörde zur Nachprüfung ihrer Bestimmungen begeben. Um die Verwirrung nicht zu steigern, wäre ein Aufschub des Lohnabzugs bis zum Abschluß der Revidierung der ganzen Angelegenheit dringend geboten.

Der türkische Freiheitskampf.

Landung am europäischen Dardanellenufer.

Die Londoner „Evening News“ veröffentlicht eine Meldung aus Konstantinopel vom 21. Juni, wonach eine Abteilung Truppen Mustapha Kemal Paschas in Bosphorischmedie westlich von Konstantinopel auf dem europäischen Ufer des Marmarameeres gelandet ist. Eine weitere Truppenmacht wurde von den französischen Truppen bei Ismid gestoppt. Britische Schlachtschiffe nahmen die nationaltürkischen Truppen auf eine Entfernung von acht Meilen unter Feuer und fügten ihnen schwere Verluste bei. Die Beschleßung wird fortgesetzt.

Schließung der Dardanellengefänge.

Der „Times“ zufolge wurden am 21. ds. Mts. sämtliche 80 Gefänge der Dardanellensforts auf der asiatischen Seite von den Engländern gesprengt. Tags darauf wurden die Kesselgefänge des Hamidiehforts, die bei der Verteidigung der Dardanellen im Jahre 1915 eine wichtige Rolle spielten, zerstört.

In der Bergwerksgegend von Eregli wurde die Arbeit in den Bergwerken wieder aufgenommen, nachdem auf Grund einer Verständigung mit den Angehörigen Mustapha Kemal Paschas die französischen Streitkräfte sich zurückgezogen hatten. Während die Nationalisten sich vergrößerten, die Arbeit in den Bergwerken nicht zu hören.

In Beantwortung einer Anfrage im englischen Unterhaus erklärte Lloyd George, daß in den Angelegenheiten der türkischen Nationalisten gegen die alliierten Streitkräfte bei Konstantinopel eine Pause eingetreten sei. Nach einer Davaabmeldung aus Konstantinopel hat die griechische Armee, die die Offensive an der Front von Smyrna eingeleitet habe, das Direktionsgebäude des Datschmann Smyrna und das Gebäude der osmanischen Post besetzt.

Die Engländer heben Reserven aus.

„Daily Mail“ meldet: Infolge der ernsten Auffassung, welche die militärischen Behörden über die Lage im Osten und mittleren Osten hegen, hat das Kriegsamt in London einen Aufruf an die ehemaligen Soldaten erlassen, bei der Reserve Dienste zu nehmen. Eine Verpflegung der Heeresreserve um 15 000 bis 20 000 Mann wird für erforderlich gehalten.

Die Rote Armee.

Militärische Übungen der Bolschewiken.

In den letzten Tagen brachte die Presse verschiedene Meldungen über die Bildung einer „Roten Armee“. Das Reichswehrministerium, das nach wie vor den kommunistischen Bestrebungen in verschiedenen Teilen des Reiches mit größtem Ernste gegenübersteht, hat diese Angaben sofort nachgeprüft und festgestellt, daß es sich lediglich um militärische Übungen unter teilweiser Anwendung von Waffen handelt, die von Verbänden der kommunistischen Arbeiterpartei veranstaltet werden.

So wurden auf dem Tempelhofer Feld in Berlin Übungen von 200 bis 250 Mann bei militärischen Übungen festgestellt, und zwar waren die Übenden überwiegend bis dreißigjährige Kommunisten. Es wurde Gruppen- und Jüngerübungen, sowie Handgranatenerfahrungen veranstaltet, wobei Knäppl und Steine die Handgranaten ersetzten. Früher liegen die Dinge in Sachse. In Leipzig sollen, wie von den zuständigen Stellen berichtet wird, Kampforganisationen der Bolschewiken unter dem Deckmantel der Einwohnerwehren bestehen. 24 Kompanien zu 100 bis 200 Mann und die Organisation eines Nachrichtenwesens sei festgelegt. In Dresden, Chemnitz und anderen Stellen sollen ebenfalls derartige Übungen abgehalten werden, und zwar, wie man annimmt, im Anschluß an einen geplanten kommunistischen Aufstand gegen die Regierung.

Die Reichsregierung betont ihren grundsätzlichen Standpunkt dahin: Der Friedensvertrag verbietet uns, daß lästlich verzeichnete Mannschaften irgendwelche militärischen Übungen abhalten. Es ist daher Pflicht der Regierung, solche Übungen zu unterbinden. In diesem Sinne wird sie auch verfahren.

Neue Generalstreikdrohungen.

Der „Bayerische Kurier“, das führende Organ der bayerischen Volkspartei, veröffentlicht einen Geheimbericht über eine Spezialkommission der U. S. P., die sich mit der Organisation eines neuen deutschen Generalstreiks befaßt. Darnach wären die ersten Schritte, die gleichzeitig erfolgen sollten, die Stilllegung aller, auch der lebenswichtigen Betriebe und die Entwaflnung der Einwohnerwehr. Diese sei leicht

zu überwinden; schwerer sei es, mit der Wehrmacht fertig zu werden. Es sei ein Glück, daß sie jetzt auf bloß 100 000 Mann herabgesetzt werden müsse. In diesen unermesslichen Entscheidungslagen seien alle Vorbereitungen zu treffen. Das ganze Reich sei bereits in Kreise eingeteilt, in denen nach gemeinsamem Plan der drei sozialistischen Parteien gearbeitet werde, in marschierten nur noch außen getrennt, stünden aber in Wahrheit in enger Fühlung. Der Bericht läßt nicht genau erkennen, ob es sich um Pläne und Vorschläge oder um Bericht über tatsächlich vorhandene Organisationen handelt. Immerhin werden die zuständigen Stellen auch diesen Vorgängen die gebührende Achtung schenken müssen.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 26. Juni 1920.

— Ein Entwurf über den Ersatz der durch die Abtretung deutscher Reichsgebiete entstandenen Schäden für Reichsdeutsche wird in den nächsten Tagen dem Reichstag zugehen.

— Die polnische Tendenzmeldung, wonach die Volksabstimmung in Oberschlesien am 1. Oktober d. J. stattfinden solle, wird von der amtlichen Stelle in Berlin nicht bestätigt. Auch von einer Übernahme der Verwaltung in Oberschlesien durch die Polen zu dem gleichen Termin könne keine Rede sein.

— In diplomatischen Kreisen verlautet, der deutsche Gesandte in Paris, Dr. Wäber, werde binnen kurzen den Rang eines Botschafters erhalten.

— Der Leiter der deutschen Propaganda im ostpreussischen Abteilungsgebiet, der auf der Durchfahrt durch den polnischen Korridor verhaftet wurde, ist trotz des Einspruchs der internationalen Kommission bisher noch nicht freigelassen worden.

— Der Vorsitzende des Mainzer Gewerkschaftsrates, Wilhelm Thomas, wurde als Vertreter des besetzten Gebietes in den Reichswirtschaftsrat berufen.

— Die Fraktion der unabhängigen Sozialdemokratie in der preussischen Landesversammlung reichte einen Antrag ein, die Landesversammlung sofort für aufgelöst zu erklären und die Staatsregierung zu veranlassen, Neuwahlen anzuordnen.

— Das Verbot der „Frankf. Ztg.“ für die Pfalz ist wieder aufgehoben worden.

— Der Essener Vorortbürgermeister Dr. Luther hat die an ihn ergangene Berufung in den Reichswirtschaftsrat angenommen.

— Die sächsische Regierung hat sämtliche Arbeiter- und Soldatenräte aufgelöst. Sie verbot auch die fernere Verwendung öffentlicher Mittel dafür.

— In der Eröffnungsitzung des oldenburgischen Landtages wurde der Abg. Schröder (D. Sp.) zum Landtagspräsidenten gewählt. Zum 1. Vizepräsidenten wurde Abg. Ehrens (Soz.) und zum 2. Vizepräsidenten Abg. Feigel (Ztr.) gewählt.

— Die Rheinlandkommission hat jetzt den 10prozentigen Lohnabzug im besetzten Gebiet genehmigt.

— Die Requisition der Pfalzbahnen ist von den Franzosen mit Rücksicht auf die Wiederaufnahme der Arbeit aufgehoben worden.

— Die Saarregierung beabsichtigt die Auflösung der gesamten Sozialversicherung von Deutschland.

— Der belgische Gesandte in Tokio, Graf de la Halle de Everghem, ist zum Gesandten in Berlin ernannt worden.

— Der Herner Schulstreik ist durch Verständigung beigelegt worden.

— Die deutschnationalen Reichstagsfraktion hat den Staatsminister a. D. Dergt zum Vorsitzenden gewählt. Die Demokraten wählten den Abg. Schiffer zum ersten Vorsitzenden.

— Die Zentrumsabgeordnete Fräul. Dransfeld hat ihr Mandat in der preussischen Landesversammlung niedergelegt.

— Die Generalversammlung des Verbandes des deutschen Reichspersonals hat einstimmig die Verschmelzung mit dem deutschen Eisenbahnerverband beschlossen.

— Spaa am 5. Juli. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, erklärte der englische Geschäftsträger dem Auswärtigen Amt, er sei beauftragt, offiziell mitzuteilen, daß die Konf. eng von Spaa am 5. Juli stattfinden werde.

— Der Reichspräsident wünscht baldige Präsidentenwahl. Der Reichspräsident hat folgendes Schreiben an den Reichskanzler gerichtet: „Nach § 2 des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten vom 4. Mai 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 849) hat der Reichstag den Tag für die Präsidentenwahl zu bestimmen. Ich bitte Sie, Herr Reichskanzler, veranlassen zu wollen, daß der Reichstag den Wahltag alsbald bestimmt.“ — Reichspräsident Ebert hatte schon, als das Ergebnis der Reichstagswahl bekannt wurde, angesichts der veränderten Situation die Absicht gehabt, zurückzutreten. Doch wollte er den bestehenden Wirrwarr nicht noch vergrößern, darum ließ er sich bewegen, seinen Wunsch nicht auszuführen, sondern bis zur Neuwahl des Präsidenten auszuharren. Daß er den lebhaften Wunsch nach baldiger Klarheit hat, ist verständlich.

— Der neue Präsident des Reichstages, Paul Löbe, wurde am 14. Dezember 1875 zu Wiegeln geboren, wo er auch die Volksschule besuchte und von 1890 bis 1893 seine Lehrzeit als Schriftsetzer durchmachte. Als solcher war er dann bis 1898 tätig und kam in dieser Zeit auch nach Süddeutschland, Österreich-Ungarn, Italien und der Schweiz. Im Jahre 1899 trat er als Schriftleiter in die sozialdemokratische „Breslauer Volkswacht“ ein, wo er seither tätig war. Seit 1905 war er auch Stadtverordneter in Breslau und seit 1915 Provinziallandtagsabgeordneter von Schlesien. Im alten Reichstag hat er nicht gesessen, dagegen wurde er für den Wahlkreis Breslau in die Nationalversammlung gewählt. Eine Berufung in den Rat der Volksbeauftragten lehnte er im Januar 1919 nach dem Ausscheiden der Unabhängigen ab. Seit 1919 war er Vizepräsident der Nationalversammlung.

— Die Aufwandsentschädigungen für die Abgeordneten der Berliner Parlamente sind jetzt so geregelt worden, daß neben einer Pauschalsumme von monatlich 1000 Mark für jeden Tag der Anwesenheit in Berlin noch 30 Mark Feuerungszulage gezahlt wird. Mitglieder von Ausschüssen, die während größerer Plenarsitzungen tagen, erhalten außerdem noch eine besondere Zulage von 20 Mark pro Tag.

— Keine Revision in Spaa. Die von Boulogne zurückgekehrten belgischen Minister des Auswärtigen

und des Innern erwarteten von den in Boulogne gefaßten Beschlüssen befriedigt. Sie sagten hinzu, daß entgegen der Ansicht gewisser Persönlichkeiten in Deutschland von einer Revision des Friedensvertrags auf der Konferenz von Spaa nicht die Rede sein könne.

— Das Gesetz über die Schuldeputationen in Preußen wurde dieser Tage im Unterrichtsausschuß der Preussischen Landesversammlung zu Ende beraten und nunmehr in voller Einmütigkeit aller Parteien angenommen. Die Geistlichen haben nach dem inzwischen eingegangenen Rechtsgutachten des Justizministeriums weiterhin Anteil an den Schuldeputationsangelegenheiten. Die wichtigsten Forderungen, die das Gesetz durch die Ausschüsseberatungen erfahren hat, ist die, daß in den Schuldeputationen, Schulkommissionen und Schulvorständen die Lehrer und Laien größeren Einfluß erhalten sollen.

— Die Wahl Klara Zetkin angefochten? Wie der „Abend“ erfährt, rechnet man in Parlamentarischen Kreisen damit, daß die Wahl der Kommunistin Klara Zetkin angefochten wird. Sie heisst in Wirklichkeit Zundel. Zetkin ist nur ihr Schriftstellernamen. Zwar hat sie früher einmal mit Zetkin in wilder Ehe gelebt. Daraus konnte sie natürlich nicht für sich das Recht ableiten, diesen Namen als den ihren in die Wahlliste eintragen zu lassen. Nach den Wahlschriften war sie dazu nicht berechtigt. Es dürfte sich also in nächster Zeit der Wahlspruchsausschuß mit dem Falle Zetkin zu beschäftigen haben, und man muß damit rechnen, daß Klara Zetkins Wahl als ungültig erklärt wird.

Rundschau im Auslande.

— Die holländische Regierung hat das Ueberfliegen des Bodens des ehemaligen Deutschen Kaisers, Kaiser Doorn und Umgebung, für andere als niederländische Militärflugzeuge verboten.

— In Deutschösterreich hat sich nach dem Rücktritt der Christlich-Sozialen aus der Regierung eine rein sozialistische Regierung gebildet.

— Der Eisenbahnerstreik in der Lombard (Italien) hat mit einem völligen Mißerfolg der Streikenden geendet. Die vormaligen deutschen Besitzungen in Ostafrika werden in Zukunft Kenia-Kolonien genannt werden.

— Der Friedensvertrag zwischen Georgien und Aserbeidschan ist unterzeichnet worden. Georgien behält die Provinz Tiflis.

Polen: Die Bekämpfung der Typhusgefahr.

Der Völkerbund fordert in einem Aufruf alle Länder der Welt auf, Weidmitten zur Bekämpfung der Typhusgefahr in Polen und den Nachbarländern zur Verfügung zu stellen. Die britische Regierung bewilligte sofort einen Betrag von 10 000 Pfund Sterling unter der Bedingung, daß alle anderen Länder ebenso hohe Summen aufbringen würden.

Tschecho-Slowakei: Eine blutige Sonnenwendfeier.

Im Senat machte Ministerpräsident Tuzar Mitteilung über die blutigen Zwischenfälle, die sich in der Nacht auf den 24. Juni in Sglaun ereignet haben. Die deutschen Vereine in Sglaun hatten in der Nacht auf den 24. eine Sonnenwendfeier abgehalten. Bei der Rückkehr in die Stadt sollen sie laut „Rei!“ gerufen und vor der Kaiserin provozierende Rufe geäußert haben. Es kam dann zwischen der ausgerüsteten Mannschaft und den Teilnehmern zu Zusammenstößen, in deren Verlauf beide Teile von der Schusswaffe Gebrauch machten. Eine allgemeine Schlägerei entpand sich. Nach den letzten Nachrichten wurden zwei Soldaten durch Kopf- und Wundschüsse getötet und 26 Zivilisten verwundet. Der Ministerpräsident hat eine strenge Untersuchung eingeleitet. Er sprach im Senat sein Bedauern für die Opfer aus beiden Seiten aus. Auf welcher Seite die Schuld liegt, ist vorläufig noch nicht zu sagen. Sicher ist nur, daß ein großer Teil der Schuld die Regierung trifft, die nach den letzten Gemeindevahlen in Sglaun die zugunsten der Deutschen ausgefallen waren, dem Returs stattgab, die Gewählten nicht bestätigte und Neuwahlen ausgeschrieben hat. Um die deutsche Majorität zu stützen, hat die Regierung etwa 2400 Legionäre, die nichtberechtigt sind, nach Sglaun entsandt, was unter der dortigen deutschen Bevölkerung eine riesige Erregung hervorgerufen hat.

Irland: Sinnfeiner Ultimatum an die Regierung.

Reuter meldet aus Dublin: Das Komitee der Sinnfeinerbewegung richtete ein Ultimatum an die britische Regierung, in dem die sofortige Zurückziehung der englischen Truppen aus Irland bedingungslos gefordert wird, widrigenfalls ein Appell an alle irischen Nationalisten ergehen werde, den regulären Kampf gegen das britische Militär aufzunehmen. Londonerhört gleich einem bestellten Lager. Die Stadt befindet sich nunmehr seit einer Woche in den Händen der Aufständischen, die noch immer Herden der Dage sind. — Militär und Polizei in Irland sind von der Regierung angezogen worden, im Falle von Angriffen die Angreifer wie Feinde im Felde zu behandeln.

Türkei: Der neue griechisch-türkische Krieg.

Nachdem sich die Konferenz von Boulogne mit dem Eingreifen der griechischen Truppen in Kleinasien einverstanden erklärt hatte, sind die Operationen gegen die türkischen Nationalisten sofort von Smyrna aus in die Wege geleitet worden. Die griechische Armee hat von Smyrna aus die Offensive gegen die Streitkräfte Mustapha Kemal Paschas begonnen und angeblich bereits einige Erfolge erzielt. Die nationaltürkischen Truppen, die um Afkisar an der Bahn Smyrna-Banderna konzentriert waren, mußten sich zurückziehen. Afkisar wurde von den Griechen besetzt. Die griechischen Truppen setzen den Vormarsch fort und griffen Salkit an. Nach dem Berichtstatter der „Times“ aus Athen wird die griechische Regierung gemäß dem Beschluß der Alliierten alle Maßnahmen ergreifen, um die nationaltürkische Bewegung in der Türkei niederzuwerfen. Sie wird in Thrazien energisch gegen nationaltürkische Banden vorgehen, ehe sie sich organisieren können. In Athen glaubt man allgemein, daß dieses Ziel binnen wenigen Wochen zu erreichen sei. — Der britische Oberkommandierende der Orienttruppen hat über Konstantinopel und die Dardanellen den verschärften Belagerungszustand verhängt.

Locales und Provinzielles.

* Weissenheim, 29. Juni. Am Freitag den 2. Juni, nachm. 6 Uhr, findet auf dem Rathaus eine Stadterordnetenversammlung mit folgender Tagesordnung statt:

1. Anlauf des Scholl'schen Anwesens durch die Stadt zu Kleinmohnzwecken.
2. Erlass einer neuen Hundesteuerordnung.

3. Erhöhung des Wasserpreises.
4. Schreiben des Kreisausschusses vom 12. Mai 1920 betr. Bekämpfung der Krähensplage.
5. Erhöhung des Lohnes für die Gemeindegemeindearbeiter.
- Geisenheim, 29. Juni. Der Gasthof Scholl in der Marktstraße ging mit Wirtschaftsinventar zu unbekannten Preisen an Herrn Peter Hosenauer dahier über.

Geisenheim, 29. Juni. Alle ehemaligen Kriegsgefangenen müssen ihre Ansprüche auf Guthabenscheine sofort geltend machen. Ansprüche, die nach dem 30. Juni geltend gemacht werden, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Geisenheim, 29. Juni. Postdienst.
Schalterdienst. Werktags: 8—12 v., 2—6 n. (Tel.-Dienst 8 v. bis 8 1/2 n.)
Sonntags: 9—10 v. (Tel.-Dienst 8—10 v., 11—12 v.)

Posten. Abgehend nach Köln: 7 1/2 v., 10 v., 2 1/2 n., 6 n.
Frankfurt: 7 1/2 v., 11 v., 4 1/2 n., 6 n., 8 n.

Ankommend von Köln: 8 v., 12 n., 5 n., 7 n.
Frankfurt: 8 1/2 v., 11 v., 3 1/2 n., 9 n.

Briefbestellung. Werktags: 9 v., 4 n.; Sonntags 9 v.
Lernen der Briefkasten: 7 v., 1 1/2 n., 6 1/2 n.

Geisenheim, 29. Juni. Heute Dienstag Abend 7 Uhr findet im Hotel zur Linde dahier eine Versammlung des Kaufmännischen Vereins Mittel-Rheingau statt. Bücher werden ebenfalls ausgegeben.

Rüdesheim, 29. Juni. Turnersches. Zu dem am nächsten Sonntag den 4. Juli in Rüdesheim stattfindenden Wettturnen des Turngaues Süd-Rhessia sind die Anmeldungen zur Teilnahme sehr zahlreich eingelaufen. Bis jetzt sind 33 Wettturner mit 564 Turnern vorgezählt; 416 Turner nehmen am Einzel-Wettturnen teil; außerdem beteiligen sich am Turnen der Damen über 100 Teilnehmerinnen. Trotz der ungünstigen Verhältnisse wird die Stadt Rüdesheim ihren Gästen alles bieten können, so daß der Besuch des Festes Jedermann befriedigen wird.

Preissturz im Weingebiet.

Aus dem Rheingau, 26. Juni. Die Folgen der wirtschaftlichen Krisis machen sich auch im Weingebiet geltend; einmal durch einen merklichen Preissturz und dann durch ein völliges Versagen der Nachfrage. Die in dieser Woche abgehaltenen Weinversteigerungen liefern dafür die Bestätigung. Wir haben zu Beginn der Woche erlebt, daß in Oestrich eine Weinversteigerung mußte aufgehoben werden. Dasselbe Schauspiel wiederholte sich gestern in Eltville. Wenn der Preissturz weitergeht, bedeutet dies eine Katastrophe für den Weinbau, weil dann die Einnahmen die Ausgaben der Winger nicht mehr decken.

Hallgarten, 26. Juni. Hier fand die zweite Weinversteigerung der „Winger-Genossenschaft“ statt. Zum Auszug kamen vier Stück und 41 Halbstück 1919er Naturweine. Ein Stück und ein Halbstück gingen zu 18000 bzw. 9100 Mark zurück, während die übrigen Nummern höher fanden. Erhöht wurden per Stück 18 100, 23 800, und 8700 bis 28 100 Mark per Halbstück. Gesamterlös 708 700 Mark oder 31 500 Mark per Stück im Durchschnitt.

Hallgarten, 26. Juni. Die „Vereinigten Weinverkäufer“ brachten gestern die zweite Hälfte der 1919er Naturweine, bestehend in 36 Halbstück, zur Versteigerung. Die Versteigerung litt unter der eingetragenen Flaue. Es wurden bezahlt 9100 bis 19 900 Mark per Halbstück. 8 Nummern gingen zurück.

Rauenthal, 26. Juni. Heute fand in der „Burg Straß“ die Weinversteigerung der „Vereinigten Weinverkäufer“ von Rauenthal statt. Zur Auktion standen 1919er Rauenthaler Naturweine. Die Versteigerung wurde nicht zu Ende geführt, sondern bei Nr. 14 aufgehoben. Obwohl die Bieter zahlreich anwesend waren, wurden die Gebote nur jaghaft gegeben und blieben unter der Tage. Es wurden zugelassen: 300 Liter Eltville Neuweg zu 6300 Mark, je 1 Halbstück Rauenthaler Stein 10 500 Mk., Rauenthaler Silberberg 11 700 Mk. und 14 200 Mk., Rauenthaler Siebenmorgen 16 500 Mk., Rauenthaler Wälfen 14 000 Mk., 300 Liter Rauenthaler Wiesbühl Auslese erzielte ein Gebot von 20 200 Mk. und ging zurück; weitere Gebote von 9000, 10 000, 11 000 und 12 000 Mk. per Halbstück fanden keinen Zuschlag.

Mainz, 27. Juni. Die Bewegung zur Erzwungung des Preisabbaues wurde fortgesetzt, beschränkte sich aber nicht nur auf Lebensmittel, sondern dehnte sich auch auf andere Artikel aus. Schuhgeschäfte wurden beispielsweise gezwungen, die Schuhwaren ohne Unterschied der Qualität zu 50 Mk. für Damenschuhe und 70—75 Mk. für Herrenschuhe abzugeben. Diese Zwangsverkäufe gingen unter Kontrolle von Polizeibeamten vor sich.

Aus Stadt und Land.

Aufhebung einer Falschmünzerei. Im Keller des Hauses eines Kölner Kaufmanns hob die Kriminalpolizei eine Falschmünzerei auf. Da die Falschmünzer die gefälschten Banknoten in Schiebern anlegten, wurden bei dieser Gelegenheit große Schließungen und Bahndiebstähle aufgedeckt. So wurden unter anderem 5 Millionen englische Zigaretten und 4000 Meter Kupferdraht beschlagnahmt. Um alle Mitglieder der Falschmünzerei kennen zu lernen, war die Kriminalpolizei als Käufer der Werksätze aufgetreten und hatte diese für 40 000 Mark „angekauft“. Von den Falschmünzern konnten ein Kupferschmied, ein Zigarettenhändler, ein Buchdrucker und ein Chemiker verhaftet werden. Die Druckpresse und die Rührwerke wurden beschlagnahmt.

Pockenkrankungen in Duisburg. Im Vinzenz-Hospital in Duisburg sind zehn Patienten an den Pocken erkrankt. In der Stadt ist ein Pockenfall vorgekommen. Aus Obermeidrich werden drei Erkrankte gemeldet. Es handelt sich offenbar um Ausländer, der durch die Rote Armee mit ihrem polnisch-russischen Gefolge eingeschleppten Verfeuchungen. Seit dem Beginn der Märzruhen sind in Duisburg insgesamt dreißig Pockenfälle gemeldet worden. In einer Reihe anderer Industriestädte, so in Oberhausen, Essen, Hamborn usw., sind ebenfalls eine Reihe von Erkrankungen vorgekommen.

Die Maul- und Klauenseuche in Südbayern nimmt einen immer größeren Umfang an. Sie herrscht in 130 Bezirken, 800 Gemeinden und 6000 Gehöften. Der Schaden an Viehverlusten beträgt bereits mehrere Millionen Mark. Der Ausfall an Fleisch, Milch, Dünger und Gipsanfertigung ist unberechenbar. Diese Verluste sind für die Gesamtheit der Bevölkerung und noch mehr für den einzelnen Betroffenen außerordentlich schwer. Eine große Anzahl von Einzelwirtschaften ist bereits durch die Seuchenverluste an den Ruin gebracht worden.

Spielende Kinder als Brandstifter. In Mitterhöll bei Weiden (Oberpfalz) haben spielende Kinder einen Brand verursacht, dem vier Wohnhäuser mit allen Nebengebäuden zum Opfer gefallen sind. Der Schaden wird auf etwa 350 000 Mark geschätzt.

Verheerender Dorfbrand. Ein Feuer hat in Groß-Thiemig, Kr. Liebenwerda, gegen 50 Wohnhäuser, Scheunen, Ställe und Wirtschaftsgebäude vernichtet und annähernd drei Millionen Mark Brandschaden verursacht. Eine größere Hilfsaktion wurde für die Geschädigten eingeleitet.

Der Streik der Düsseldorf-Räucherwaren-Arbeiter. Der Betrieb des Düsseldorf-Räucherwaren-Arbeiter, das von den Arbeitern vollständig stillgelegt worden war, ist teilweise wieder aufgenommen worden. Die Wasserversorgung der Stadt ist wieder normal im Gange, nachdem sich die Streikenden doch zur Besserung der dringenden Notstandsarbeiten bereit erklärt hatten. Die Einstellung der Wasserversorgung machte sich in den Krankenhäusern und den Bäckereien der Stadt sehr störend bemerkbar. Auch die Quaderspeisung für die unterernährten Kinder mußte wegen des Streiks auf den Gas- und Wasserversorger vorläufig eingestellt werden.

Verschärfung des pommerischen Landarbeiterstreiks. Während am Donnerstag von Berliner Stellen ein Abflauen des Landarbeiterstreiks und das Zustandekommen von Tarifen, wenigstens in einem Teil der pommerischen Kreise, gemeldet war, liegen jetzt Nachrichten vor, die auf eine Verschärfung der Gegensätze schließen lassen. Der „Nationalverband deutscher Gewerkschaften“, gez. Gelsler, Mitglied des Reichstages, hat an die Arbeitnehmer des pommerischen Landbundes ein Sympathiegramm abgehen lassen, in dem er die pommerischen Kollegen auffordert, „im Kampf um ihre Koalitionsfreiheit gegen den roten Terror ihren Arbeitsplatz bis zum Äußersten zu behaupten.“ Der Landrat des Kreises Rastow hat nach langen Verhandlungen mit den Auswärtigen die Technische Rothilfe aufgerufen, die auf fünf Gütern des Kreises auch bereits Rothlandarbeitern ausgenommen hat. Auch im Kreise Rastow, wo ein neuer Ausstand ausgebrochen ist, steht die Rothilfe, der zahlreiche Hilfskräfte zufließen, bereit.

Eine polnische Mordtat in Oberschlesien. In Gogolin gerieten deutschgesinnte Einwohner mit polnischen Agenten in Streit. Die Wut des Volkes richtete sich besonders gegen den im Orte verhafteten Polenführer, Apotheker Michalski. Es wurden aus der Apotheke zehn Schüsse abgefeuert, wobei der Schlichter Willawa, der den Polen wegen seiner deutschen Gesinnung besonders verhaßt war, durch einen Schuß in die Brust getroffen wurde und alsbald verschied. Die Bevölkerung zertrümmerte sämtliche Fensterscheiben der Apotheke. Durch die aus Groß-Strehlitz herbeigerufene Sicherheitswehr wurden sieben Polen, darunter der Apotheker Michalski, verhaftet und nach Groß-Strehlitz überführt.

Die Ausländer in den Dörsbädern. Seit einigen Wochen macht sich ein auffallend starker Zustrom polnischer Gäste in die Dörsbäder bemerkbar. Es handelt sich fast ausschließlich um wohlhabende Polen, die vor der Abreise an die bolschewistische Front geschickt sind. Stärker bemerkbar macht sich auch der Zustrom ausländischer Gäste in den Dörsbädern. Obgleich amerikanische Gäste erst für die Hauptreisezeit zu erwarten sind, sind kleinere Trupps Amerikaner doch bereits verschiedentlich in den Bädern aufgetaucht. Am 12. Juli unternehmen nordische Studenten aus Trondheim, Upsala, Göteborg eine Sommerfahrt nach Deutschland. Diese nordischen Gäste werden nicht nur die Arbeitszentren Deutschlands, sondern auch verschiedene Bäderorte besuchen.

Wie die Wohnungsnot praktisch gelindert werden kann, zeigt die Stadtverwaltung von Salmünster (Hessen-Rhessia). Sie gewährt allen Baukünstlern aus dem Stadtwalde einen entsprechenden Posten Eichenholz, so daß diese nach Fertigstellung ihres Hauses noch in der Lage sind, aus dem übriggebliebenen Holz die Baukosten zu decken.

Millionenschaden in Arefeld. Der durch die Plünderungen angerichtete Schaden wird auf mehrere Millionen geschätzt. Die städtische Lebensmittel-Kommission hat beschlossen, Lebensmittel in großen Mengen anzukaufen und sie zum Selbstkostenpreise an die Bevölkerung abzugeben.

Falschmünzerei bei der Hochzeit. Bei einer Hochzeit in Dortmund wurde der Kaufmann Fritz Schulte von dem Händler Heilmann erschossen. Der Mörder wurde verhaftet.

Die Lebensmittelruhen im Reich. In Bremen ist die Ruhe wieder hergestellt, hingegen ist es im Freistaat Oldenburg neuerdings zu schweren Unruhen gekommen. In Delmenhorst war die Ordnung nur durch Hinzuziehung von Sicherheitspolizeimannschaften aus Oldenburg konnte die Ordnung in der Stadt aufrecht erhalten werden. In der Stadt Oldenburg selbst sind die Lebensmittelruhen ruhig verlaufen. Die Bevölkerung erzwang von den Geschäftsleuten die Herabsetzung aller Preise um rund ein Drittel der Auszeichnung. — In Heidenhain bei Stuttgart ist alles wieder ruhig, die Führer der dortigen Bewegung sind in Haft genommen worden. In Ulm hatten die Unruhen acht Tote und 46 Verwundete, in Ravensburg einen Toten und 16 Verwundete zur Folge gehabt.

Ein Raubüberfall um 720 000 Mark. Ein 91-jähriger Kreditinhaber, der im Großen arbeitete, wird von der Kriminalpolizei gesucht. Ein aus München gebürtiger 30 Jahre alter Bankkassierer Richard Halim, der bei einer Bank in Rastow angestellt war, unterschlug dort 100 000 Mark und brachnte damit Ende Januar d. J. durch. Während man überall auf ihn fahndete, unternahm der Flüchtling große Kreditinhabereisen, bei denen er nicht weniger als 780 000 Mark erbeutete. Der Gauner sandte einer Leipziger Bank einen Brief, in dem eine große Firma der Bank 600 000 Mark für einen Ingenieur Alfred Müller akkreditierte. Bald darauf erschien er persönlich auf der Bank, wies sich durch einen Militärpaß auf den Namen Ingenieur Alfred Müller aus und erhielt die Summe ausgezahlt. Halim erhielt das Geld in fünfzig Eintausendmarktscheinen und in Schecks von 250 000 bis 300 000 Mark auf die Reichsbank. Hier erhob er die 550 000 Mark in grünen Tausendmarktscheinen. Nach diesem Streiche wandte sich der Schwindler nach Düsseldorf, wo er auf demselben Wege noch 180 000 Mark erbeutete. Auf seine Ergreifung ist eine Belohnung von 30 000 Mark ausgesetzt.

Essen ohne Wasser. Die ausländischen städtischen Arbeiter haben das Wasserwerk stillgelegt. Die ganze Stadt ist ohne Wasser, auch die Krankenhäuser. Mehrere industrielle Werke haben den Betrieb bereits einstellen müssen.

Der pommerische Landarbeiterstreik hat auch auf den Kreis Rastow übergegriffen. Die Einigungsverhandlungen im Kreise Rastow sind gescheitert, da die Arbeitgeber die Forderungen der Arbeitnehmer als zu hoch ablehnten. Für den Kreis Schlawe ist ein Tarifvertrag zustande gekommen. Im Kreise Stolp war die Einsetzung der Technischen Rothilfe nicht mehr notwendig, da dort ebenfalls ein Vertrag abgeschlossen worden ist. Auch in Varenburg ist der Streik beendet, im Kreise Rastow sind Verhandlungen eingeleitet, die wahrscheinlich günstig verlaufen werden. Auch im Kreise Rastow sind Verhandlungen eingeleitet.

Gerichtssaal.
Rastow Justiz an Lebensmittelpolizisten. In Rastow wurden am Donnerstag mehrere Bauern wegen Obstruktion verhaftet und schon am Freitag dem Kreisgericht zur Aburteilung vorgeführt. Das Gericht machte vorbildliche gründliche Arbeit und sprach Gefängnisstrafen bis zu drei Wochen sowie Geldstrafen von 5000 bis 7000 Mark aus. Daneben wurde auf Verurteilung des Urteils in den Zeitungen erkannt, auch wurde in vielen Fällen die Handhabung des Urteils entzogen. Damit die Bauern nunmehr nicht einen Boykott gegen Rastow durchführen, wurde mit den anderen Städten des besetzten Gebietes eine Vereinbarung herbeigeführt, damit in allen Orten den russischen Bauern mit den gleichen scharfen Mitteln gegenübergetreten wird. Sollten die Bauern so weit gehen, wie sie bereits androhten, das Obst auf den Bäumen verfaulen zu lassen, dann soll dieses zwangsweise abgeerntet werden.

Neueste Nachrichten.
TU Berlin, 29. Juni. Der „Berl. Lokalanzeiger“ sagt: Was in der Gesamtdarstellung des Reichsanwalts überwog, der Anflug von Optimismus, der hin und wieder zur Schau getragen wurde oder das niederdrückende Bewußtsein von der Ungeheuerlichkeit der Aufgaben, die dem deutschen Volk in diesem Augenblick gestellt sind, ist schwer zu unterscheiden. Soviel gab Herr Fehrenbach allerdings mit voller Deutlichkeit zu verstehen, daß sein Wert nur bei rückhaltloser Unterstützung durch alle Klassen und Stände gedeihen könne. Diesen wartet er auf mit einer Einbringlichkeit, die kaum noch zu überbieten ist. Es ist wohl der letzte Versuch seiner Art. Mißlingt er auch, dann kann Herr Fehrenbach seine Hände in Unschuld waschen.

TU Berlin, 29. Juni. Die unabhängige sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, was der Reichsanwalt zu tun gedenke, um eine weitere Steigerung der Lebensmittelpreise zu verhindern? Wie und wann gedenkt der Reichsanwalt den durch die in Aussicht stehende gute Ernte möglichen Abbau der Preise für Getreide, Kartoffeln, Fleisch und die sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die jetzt das meiste der vorjährigen Ernte betragen, in die Wege zu leiten? Was gedenkt der Reichsanwalt gegen diejenigen Landwirte zu unternehmen, die in offener Verhöhnung aller Anordnungen sich der Ablieferung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse entziehen und damit die Ernährung der nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung aufs schwerste gefährdet. Welche Maßnahmen plant er gegen den zunehmenden Lebensmittelwucher?

TU Berlin, 29. Juni. Wie dem „Berl. Tageblatt“ aus Marburg gemeldet wird, hat der Gerichtsherr im Marburger Studentenprozeß gegen das freipredigende Urteil Berufung eingelegt.

TU Hamburg, 29. Juni. Ueber das Stadtgebiet Hamburg wurde der Ausnahmezustand verhängt. Im Laufe des gestrigen Tages kam es in der Neustadt und der Uhlenhorst, sowie schließlich auch in St. Pauli zu großen Ausschreitungen. Butter- und Fettwarenhandlungen in diesen Gegenden waren gezwungen, ihre Waren zu bedeutend herabgesetzten Preisen zu verkaufen. Eine Reihe von Verhaftungen, hauptsächlich von Frauen, die Fehreden hielten und zum plündern aufforderten, wurden vorgenommen. Bemerkenswert ist, daß der größte Teil der Verhafteten nicht einmal aus Hamburg stammt. Die Sicherheitsbehörden fühlen sich der Lage gewachsen. Der durch die Plünderung angerichtete Schaden wird auf mehrere Millionen Mark geschätzt.

Eingefandt.
Der Diebhaber meiner Fuchsbäumchen hat hoffentlich Glück damit. Ich wünsche, daß sie ihm reichlich Frucht tragen: Bratwürste und „Frikadellen“. Und ich bin so frei, zu hoffen, daß er mir dann, ebenso heimlich, wie er sie mir geholt hat, auch einen Teil des Ertrages zukommen läßt. Also: Wohl bekomms!

Jemand vom Joll.

Bekanntmachung.

Mittwoch den 30. ds. Mts. kommt im Wirtschaftsamt

Margarine

in nachstehender Reihenfolge zur Ausgabe.

Für Nr.	771-1034	der Fettart	von 7-8 Uhr vorm.
1-70	"	"	7-8 "
71-200	"	"	8-9 "
201-330	"	"	9-10 "
331-449	"	"	10-11 "
441-570	"	"	11-12 "
571-700	"	"	2-3 nachm.
701-830	"	"	3-4 "
831-970	"	"	4-5 "

Auf die Person entfallen 250 Gramm zum Preise von 5.25 Mk. und wird Feld 19 der Fettkarte entwertet.

Geisenheim, den 28. Juni 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Gaszufuhr wird wegen dringender Reparaturarbeiten im Gaswerk am Mittwoch den 30. Juni, von vormittags 7-10 Uhr unterbrochen.

Zur Vermeidung von Unglücksfällen sind während dieser Zeit die Gasabnehmer geschlossen zu halten.

Geisenheim, den 28. Juni 1920.

Der Magistrat.

Die Kohlsabgabe im städtischen Gaswerk wird aus Rücksicht auf die vorzunehmende Rationierung bis auf weiteres eingestellt.

Rüdesheim, den 28. Juni 1920.

Die Verwaltung des städt. Gaswerks.

gez. Krah.

Wird hiermit veröffentlicht.

Geisenheim, den 28. Juni 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Im hiesigen Wirtschaftsamt kommen täglich während den Vormittagsstunden folgende Artikel zum Verlaufe:

Maismehl (Maizena-Mondamin-Art)	je Pfd. 2.— Mk.
Cond. gezuckerte Milch per Dose	9.— "
Steril. Milch, ungezuck., gr. Dose	6.— "
" kleine "	4.— "
Fertige Suppen 1/2 Pfd.-Paket	0.50 "
Getrocknete Zwiebeln per Pfund	8.— "
Deutscher Tee, per Paket	0.50 "
Bouillonnwürfel	0.02 "
Mandelmusgebäckpulver per Paket	0.20 "
Erbsen, per Paket	0.10 "

Geisenheim, den 10. Juni 1920. Der Magistrat.

Immobilien-Versteigerung.

Freitag, den 9. Juli 1920, vormittags 10 Uhr,

werden die zu dem Nachlasse der Eheleute Gutsbesitzer Wilhelm de Laspee und Wilhelmine geb. Germersheimer von Geisenheim gehörigen

Weinbergs- und Ackergrundstücke mit der Krescenz

im Kath. Vereinshaus (Hotel Germania) durch den Notar Herrn Justizrat v. d. Heyde unter günstigen Zahlungsbedingungen öffentlich meistbietend versteigert.

Das Grundstücksverzeichnis wird in nächster Samstagnummer bekannt gemacht.

Geisenheim, 28. Juni 1920.

Die Erben.

Ia.

Portland-Cement

Marke Heidelberg-Mannheim

frisch eingetroffen, liefert ausserst günstig gegen Freigabeschein des zuständigen Bürgermeistersamtes.

A. FISCHER

Baumaterialien-Handlung.

Drucksachen

liefert schnellstens die Buchdruckerei Arthur Jander.

Ohne Karten!

Ia. Schweineschmalz

per Pfund 18.— Mk.

Ia. Süßrahm-Margarine

per Pfund 12.— Mk.

Ia. Corned-Beef

2 Pfund-Dose (englisches Gewicht) 20.75 Mk.

Ia. gezuck. Schweizermilch

Dose 9.75 Mk.

Warenhaus Karl Kittel.

A. Kahle, Dentist

Geisenheim, Marktstrasse 27 I, rechts.

Sprechstunden für Zahnleidende

täglich von 9-1 Uhr und von 3-6 Uhr.

Sonntags von 9-12 Uhr.

Behandlung von Mitgliedern der Allgem. Ortskrankenkasse Rüdesheim, Maschinentabrik Johannsberg, Deutschnat. Kranken- und Begräbniskasse Hamburg (Zweigstelle Eltville)

Gesucht

bei Eignung für dauernde Beschäftigung, einige tüchtige, ältere

Arbeiter

und

Schlosser

sowie ein

Kesselheizer

und ein gelernter

Müller.

Chemische Fabrik Winkel.

Vertrauenswürdigster energischer Mann (auch Kriegsbeschädigter) bei gutem Lohn als

Fabrikwächter

für dauernd gesucht. Schriftliche Offerten unt. "Wächter" befördert die Geschäftsstelle.

Wegzugsfallver verkaufe ich mein in der Feldstraße Nr. 2 belegenes, 2stöckiges

Wohnhaus,

ferner mehrere technische Lehrbücher sehr gut erhalten. Val. Himmel.

Hunde-Dressur

für Privat und Behörden stübt aus August Febr. Wiesbaden, Kiedrichstr. 12

Loose

der Preuß. Klassenlotterie Ziehung 1. Klasse 18. Juli einschl. Feuerungsbeitrag 1/2 1/2 1/2 200

7.30 14.00 29.20 58.40 pro Kl. oder 36 50 73.— 146.— 292.— 1.5 Kl.

Porto 50 Pfg. empfiehlt

Bellesheim

Bingen am Rhein. Preuß. Lotterie-Einnahmer. Postfach Nr. 15 221 Frankfurt a. M.

Lysol Creolin Chlorkalk Eisenvitriol

empfehlen G. F. Dilonenzi

Telefon 134.

Empfehle neben Obst, Gemüse und Süßfrüchte Holländ. Süßrahmtafelbutter, Holl. Süßrahm-Margarine, Holl. Käse, Handkäse u. frische Eier.

Besonders 2 mal frische Hefe.

Nehme Bestellungen auf neue ital. Kartoffeln entgegen.

Frau B. Rothhaupt. Marktstraße

!! Pfauchwanz !! Tauben,

sow. Brieftauben, Kröpfer verkauft Febr., Wiesbaden, Kiedrichstr. 12.

Westdeutsche Samenhan und Großhandlung G. m. b. H.

empfiehlt

sämtl. Sämereien

in ihrer Niederlage bei Peter Josef Klein

Geisenheim, Steinhelmerstr. 5.



Rheinganer Ruderverein 1912

Freitag Abend 8 Uhr: Monats-Versammlung im Vereinslokal Gasthaus „Kränkel“, hier.

Der Vorstand.

Schafzuchtverein Geisenheim a. Rh.

Nachdem der Kreisierarzt die Erlaubnis erteilt hat, daß die Schafe der Herde von den Besitzern auch zu Hause behandelt werden können, ist es den Schafbesitzern anheim gestellt, ihre Schafe bei der Herde abzuholen.

Die Abholung der Schafe kann erfolgen am Mittwoch Morgen zwischen 5 und 6 Uhr. Später kann eine Abholung nicht mehr in Frage kommen. Der Vorstand.

Turnerschaft Geisenheim von 1858.

Heute Dienstag u. Donnerstags Abend

Turnstunde.

Es ist Ehrenpflicht jedes einzelnen diese beiden Turnstunden vor dem Naturrausste zu besuchen. Freis. Jfinger, 1. Turnwart.

Geflügel-, Kaninchen-, Vogelzucht- u. Schugverein Mittelhessen

Von der Landwirtschaftskammer sind uns 7 1/2 Zentner Geflügel zugewiesen worden, diejenigen Mitglieder welche beziehen wollen, können sich bis zum 10. Juli bei J. Wollstadt, Kirchstraße melden.

Ein kleines Quantum Hirschen ist noch zu haben bei Sprenger (Stolperer). Der Vorstand.

Gesangverein Liederkrantz.

Donnerstag Abend 8 Uhr: Gesangstunde.

Um pünktliches und vollständiges Erscheinen bitten

Der Dirigent.

Cäcilie Geisenheim.

Freiwilligkeits- u. Chor

Mittwoch Abend 8 Uhr:

Gesangstunde.

Vollständiges und pünktliches Erscheinen erwartet

Der Dirigent.

Rothkirchenchor Geisenheim a. Rh.

Heute Dienstag Abend 8 1/2 Uhr:

Gesangstunde

für sämtliche Stimmen.

Um vollständiges u. pünktl. Erscheinen ersucht.

Der Dirigent.

Erdal Schuhputz

ist ohne Frage ein Glanzpunkt dieser trüben Tage.



schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz